

Die 'Arbeit' erscheint täglich morgens und nachmittags. Sonntags und Montag nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Nachzahlung im Voraus...

Die Jahrgangsposteneinsparungen über Herrn Baum kosten 6.- M. einschließlich... Fernsprecher: Zentrum 152 30-152 39

STREIF

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die Affäre Niederschönenfeld

Irreführung der öffentlichen Meinung

Aus München wird uns geschrieben: Im Verfassungsausschuss des bayerischen Landtags kamen am 3. Dezember die Verhältnisse in Niederschönenfeld zur Sprache. Was dort vor sich gegangen war, war rechtswidrig. Ein Mißbrauch der Gewalt. Das ist seit zwei Jahren nichts Neues und würde wenig Eindruck machen.

Durch die Denkschrift Nielischs werden die Einzelheiten ins Licht gerückt. Die Öffentlichkeit wird aufmerksam, ist ungläubig, aber misstrauisch. Sie will wissen, ob diese Unglaublichkeiten nicht doch wahr sind. Der Reichstagsausschuss beschließt einen Besuch in Niederschönenfeld. Die oberste Instanz des Reiches, der Reichsjustizminister Kadbrüch, der 'ein gutes Herz' hat, will helfen.

Im Verfassungsausschuss des bayerischen Landtags übte die Regierung bei Behandlung der Niederschönenfeld-Äre wieder die gleiche üble Methode. Sie leugnete alle Brutalitäten ab und übersättigte die Gefangenen mit Verleumdungen. Während des Kapp-Putsches bestand von gewisser Seite die Absicht, die politischen Gefangenen in Niederschönenfeld zu ermorden!

Mit diesen 'Mordwerkzeugen' hat man im Landtag die Abgeordneten gruselig gemacht und die nötige Stimmung für die spätere Ablehnung des Untersuchungsausschusses geschaffen. Jagemoister wurde schon einmal von einem Aufseher ohne Anlaß mit dem Revolver bedroht. Es würde also begreiflich erscheinen, wenn er, um sich bei künftigen Verurteilungen zu verteidigen, sich vorseht.

Behandlung von Gefangenen schwingt sich der Regierungsvertreter aus. Und dieses Schreyen ist Schuldbekenntnis!

Nun kommt aber das Unerhörteste. Die plumpen Verdächtigungen und Verleumdungen gegen die Gefangenen sollen auf Beschluß der Landtagsmehrheit in einer Denkschrift zusammengefaßt und der Presse zugänglich gemacht werden! Das heißt, der bayerische Landtag hat seine Regierung beauftragt, einen großzügigen Verleumdungsfeldzug gegen die politischen Gefangenen ins Werk zu setzen, der die öffentliche Meinung irreführen und die Brutalitäten der Vollzugsorgane in Niederschönenfeld gegen die Gefangenen verschleiern soll!

Der Regierungsvertreter hat im Verfassungsausschuss des bayerischen Landtags erklärt, er hätte keine Ursache, sich gegen eine Beschichtigung der Festung Niederschönenfeld durch einen Untersuchungsausschuss des bayerischen Landtags zu wenden. Aber in einer solchen Untersuchung müßte ein Mißtrauen (!) gegen die bayerische Justiz und ihren Strafvollzug erblühen werden und deshalb könne er sich nicht für den Untersuchungsausschuss aussprechen.

Eine Rede des Reichskanzlers „Deutlich sichtbare Opfer des Bestehes“

Auf einem Empfangabend des Vereins Berliner Presse, der am Sonntag im Reichstag stattfand, hielt der Reichskanzler Dr. Brüning eine politische Rede, die sich mit der augenblicklichen politischen Lage beschäftigte. Er meinte zuerst, daß der Kampf in der Presse nicht in widersprüchlicher und roher Form ausgefochten werden solle und beklagte dann, daß sich das künstlerische geistige Deutschland wieder ganz von der Politik zurückgezogen habe.

Die Aufgabe, die die Regierung sich zunächst gestellt habe, laute: Wie kommen wir über den Winter hinweg? Sie können mir vorhalten: Das ist aber nicht die Politik, die wir erstreben hätten, die Politik auf lange Sicht. Diese Politik auf lange Sicht ist nicht allein von uns abhängig, sie ist abhängig von der gesamten Weltlage und von jener Erkenntnis internationaler Art, daß mit politischem Druck, daß mit einem dem anderen folgenden Ultimatum, daß mit Sanktionen die Weltwirtschaft nicht lahmgelegt werden kann.

Der Reichskanzler erklärte weiter, daß die Regierung in der Richtung marschiere, die sie seit dem 10. Mai eingeschlagen habe. Er fragte, wie sich eine Regierung der Richterfülle, der Nichtleistung, des reinen Protektors in der Welt bewegen solle, damit schließlich die Einheit Deutschlands nicht in Gefahr komme.

eine von weiten Kreisen verlangte Polemik zurückgestellt. Die Regierung habe den Weg ehrlicher aufrichtiger Verständigung nicht erst seit gestern betreten, sie habe ihn in den letzten Tagen wieder betreten, sie sei willens auch heute noch, die schweren und aufserlegten Verpflichtungen zu erfüllen.

Der Reichskanzler führte weiter aus: Wir wollen aufrichtig und ehrlich den Gedanken der Bereitwilligkeit, auch in Deutschland Substanz zur Verfügung zu stellen, soweit ein Kredit auf der Grundlage dieser Substanz möglich und seine Abdeckung überhaupt ökonomisch durchführbar ist, in den nächsten Tagen verfolgen. Aber die Entscheidung, ob es Geldgeber auf der Welt gibt, die bereit sind, in den großen Topf der Reparationen — das ist ein Topf ohne Boden — ihr Geld hineinzustehen, die Entscheidung darüber liegt nicht bei der deutschen Regierung, auch nicht allein bei der deutschen Industrie und Bankwelt, sondern bei den Geldgebern, die nicht in Deutschland ihren Wohnsitz haben.

Der Reichskanzler schloß mit der Aufforderung, die größte politische Latenz an die baldige Verabschiedung der Steuergesetzentwürfe zu setzen. Gewiß würden dabei auch Kompromisse notwendig sein. Er sei sich klar, daß ohne deutlich sichtbare Opfer des Bestehes eine innerpolitische Klärung und die Verabschiedung dieser Gesetze ein Ding der Unmöglichkeit sein werde.

Was der Reichskanzler in seiner gestrigen Rede ausgeführt hat, das unterscheidet sich nicht sehr von dem, was wir so oft schon aus seinem Munde gehört haben. Es sind die Bekenntnisse eines demokratischen Politikers, der an den harten Tatsachen vorübergehen und durch Kompromiss alle Konfliktlöser möchte. Worauf es aber jetzt ankommt, und worauf die gesamte werftätige Bevölkerung wartet, das ist, daß die besitzenden Klassen nicht allein durch schöne Worte an ihre Pflichten erinnert werden, sondern, daß sie mit rauder Hand angepackt werden; und gerade das hat man aus der Rede des Kanzlers nicht vernommen.

Wenn der Reichskanzler bei dieser Politik des Zögerns und des Ermahnens bleibt, so wird seine Regierung auch künftig von Krise zu Krise taumeln. Was jetzt nötig ist, das ist eine wirklich aktive Politik. Die Unabhängige Sozialdemokratie mit ihrem Steuerprogramm und die Gewerkschaften mit ihren zehn Forderungen haben den Weg gewiesen, der jetzt begangen werden muß.

Die Devisenkur

Die deutsche Mark sank am Sonntag abend in New York auf 8,16, was einer Parität von 217 für den Dollar entspricht. Am heutigen Morgen sank der Kurs etwa auf dieselbe Höhe ein. Er liegt demnach über die Mittags auf 323. Auch die anderen ausländischen Devisen gingen etwas in die Höhe.





